IDZ – INSIGHTS

NEWSLETTER DES INSTITUTS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

twitter.com/idz_jena

facebook.com/idzjena

www.idz-jena.de

2019 | 02

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Liebe Leser_innen,

im ersten Halbjahr 2019 überschlugen sich die Ereignisse und Entwicklungen in den Forschungsfeldern des IDZ - zum Beispiel im Bereich von Hasskriminalität und Rechtsterrorismus. Besonders die Tat eines Rechtsterroristen im neuseeländischen Christchurch schockierte die Welt: Er tötete 51 Muslime und übertrug seine Tat live im Internet. Sein Motiv: Rassismus. Das „Manifest“ des Attentäters heißt „Der große Austausch“ und bedient eine menschenfeindliche Verschwörungstheorie, die auch in der radikalen Rechten hierzulande – bis in die AfD – verbreitet ist. So greift der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke die ideologische Sprache des Nationalsozialismus und neurechtes Verschwörungsdenken auf und schreibt in seinem Buch von einem angeblich „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch". Um diese konstruierte Katastrophe zu verhindern, sind aus Sicht von Rechtsradikalen extreme Maßnahmen legitim. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2019 konnten Rechtsaußen-Parteien in Thüringen erhebliche Zugewinne verzeichnen. In einigen Regionen, zum Beispiel in Gera, wurde die AfD stärkste Kraft. Damit beginnt die lokale Verankerung der Höcke-Partei, die in einigen Regionen bisher nicht mal alle gewonnenen Mandate mit Kandidaten besetzen kann. Bei den Europawahlen im Mai 2019 wurde die rechtsradikale AfD in Thüringen zweitstärkste Kraft und liegt mit 22,5 Prozent der Stimmen nur knapp hinter der CDU (24,7 Prozent). Die Republik ist gespalten: Während in den alten Bundesländern insgesamt vor allem die Grünen triumphierten, ist die AfD in Sachsen und Brandenburg sogar stärkste Partei geworden. Radikale Rechte verkünden – so auch der nordrhein-westfälische AfD-Politiker Thomas Röckemann beim Wahlkampfauftakt der AfD am 1. Mai in Erfurt: Westdeutschland sei für die völkischen Nationalisten schon verloren, ihre Hoffnung setzen sie auf den Osten. Ähnliches hört man von rechtsradikalen Intellektuellen und auf Neonazikonzerten. Das heißt: Bundesweit gewinnen die Rechtsaußen-Kräfte derzeit nicht mehr dazu, aber in Ostdeutschland wird der Druck weiter zunehmen. In vielen ländlichen Regionen ist die Gefahr von rechts besonders groß – gleichzeitig aber kann von einem „braunen Osten“ keine Rede sein. Tausende demonstrierten am 1. Mai in Erfurt für Vielfalt und Solidarität.

Wie vielfältig Alltagsarrangements und Engagement im ländlichen Raum sind und was dort Ursachen und Dynamiken des Rechtsradikalismus sind, beleuchtet der neu erschienene Schwerpunktband unserer Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“.

Bei den Landtagswahlen im Herbst dieses Jahrs droht im Osten ein weiterer Rechtsruck der Politik – sogar die Einbindung von Rechtsradikalen an Landesregierungen ist vorstellbar. Hoffnung machen unzählige Anfragen, Gespräche und Veranstaltungen, neue Netzwerke und das kontinuierliche Engagement vieler Thüringerinnen und Thüringer, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Einen kleinen Einblick in den Beitrag des IDZ für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit liefert dieser Newsletter.

INHALT

3 „Der Jude unter den Staaten“: Zur Aktualität des israelbezogenen Antisemitismus

5 Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

6 Neue Studie aus dem IDZ

7 Kommunalwahlen und Landtagswahl in Thüringen

8 70 Jahre Grundgesetz: Gemeinschaftsprojekt „Demokratie hier!“

11 Call for Papers: Kontinuitäten

„Der Jude unter den Staaten“: Zur Aktualität des israelbezogenen Antisemitismus

Anja Thiele

Am 3. April dieses Jahres stellte die Staatsanwaltschaft Dortmund die langjährige Suche nach dem Rechtsterroristen Udo Albrecht ein. Vor knapp vierzig Jahren verschwand der gebürtige Thüringer, der in den 1950ern mit seinem Vater nach Westdeutschland floh, von der Bildfläche. Albrecht galt als eine Schlüsselfigur der rechtsextremen Szene in der alten Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre. Er gründete verschiedene rechtsextreme Gruppen und verübte im Laufe seiner „Karriere“ Verbrechen wie Bankraub, Geiselnahme sowie Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Im Mittelpunkt von Albrechts Weltbild stand der Antisemitismus. Der Judenhass war ihm derart zentral, dass er mit Judenfeinden unterschiedlicher, gar gegensätzlicher politischer Couleur kollaborierte. Anfang der 1970er Jahre schloss er sich der palästinensischen nationalen Befreiungsorganisation PLO an, mit dem Ziel: er wolle den „Weltfeind Nummer eins“, den Zionismus, vernichten (Förster 2018, S. 148). Aus antisemitischem Hass unterstützte er mutmaßlich sogar die Logistik des Attentats der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München.

Aufgrund seiner antiisraelischen Haltung und Kontakte war Albrecht aber auch für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) interessant. Seit dem Sechstagekrieg im Jahr 1967 unterstützte und kooperierte die SED mit palästinensischen Terroristen im Kampf gegen den vermeintlich imperialistischen jüdischen Staat im Nahen Osten (Herf 2016). Bei einem vom MfS vorbereiteten Treffen zwischen Albrecht und der PLO auf ostdeutschem Boden im Jahr 1980 zeigte sich die Stasi daran interessiert, den Rechtsterroristen für die Lösung „operativer Aufgaben“ zu gewinnen, da gemeinsame Interessen in Bezug auf „progressive Befreiungsbewegungen“ vorlagen. Der sozialistische Geheimdienst gewährte Albrecht auf seiner letzten Flucht im Jahr 1981 aus der Untersuchungshaft in Bielefeld Unterschlupf in der DDR (Schönfelder 2019). Statt ihn an die Behörden in der BRD zu überstellen, durfte er von dort nach Damaskus ausreisen. Seither gilt er als verschollen.

Albrechts Werdegang ist ein historisches Paradebeispiel für den „integrativen“ Charakter des gegenwärtigen Antisemitismus, der unterschiedliche politische Spektren miteinander verbindet. Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn hat Antisemitismus als „Integrationsideologie“ bezeichnet, die „Islamisten, Neonazis, Globalisierungsfeinde und Antiimperialisten“ im Hass auf Juden und Jüdinnen vereint (Salzborn 2018). Was für den Rechtsextremisten Albrecht, die palästinensischen Terroristen und die sozialistische SED schon Anfang der 1980er Jahre galt, ist heute virulenter denn je: Im Fokus aller antisemitischen Angriffe steht der Staat Israel.

Israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus ist die weltweit am weitesten verbreitete Form des Antisemitismus. Dies zeigen vergleichende politikwissenschaftliche Studien internationalen Zuschnitts und Diskursanalysen (Salzborn 2018, Grimm & Kahmann 2018). Auch empirische Einstellungserhebungen in Deutschland dokumentieren, dass antisemitischen Äußerungen mit Israelbezug häufiger zugestimmt wird als „klassischen“ antisemitischen Positionen. Die kürzlich veröffentlichte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld kommt zu dem Ergebnis, dass rund 24 Prozent der Deutschen Aussagen wie „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich es verstehen, wenn man etwas gegen die Juden hat“ zustimmen. Klassische antisemitische Aussagen werden dagegen von rund 6 Prozent befürwortet (Zick, Küpper & Berghan 2019, S. 82).

Die Popularität des israelbezogenen Antisemitismus, der sich qualitativ nicht von anderen Formen des Antisemitismus unterscheidet, hat mit einer sozialen Norm zu tun. Da offen antisemitische Positionen in Deutschland vor dem Hintergrund des staatstragenden Bekenntnisses zur Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen gesellschaftlich tabuisiert sind, müssen antisemitische Ressentiments über kommunikative Umwege geäußert werden, die in der Öffentlichkeit weniger oder gar nicht sanktioniert sind (Bergmann & Heitmeyer 2005).

Die Antisemitismusforschung spricht von einer sogenannten „Umwegkommunikation“ (Heyder, Iser & Schmidt 2005).

Antiisraelische Positionen eignen sich dafür, weil sie in Deutschland breit akzeptiert sind. Über kaum ein Land wird in den deutschsprachigen Medien so umfangreich und so kritisch Bericht erstattet wie über Israel. Untersuchungen zum Israelbild in deutschen Medien haben gezeigt, dass der israelische Staat überwiegend als unverhältnismäßig aggressiv, mächtig und menschenrechtsverletzend dargestellt wird, obwohl dies der empirischen Realität widerspricht (vgl. Jäger & Jäger 2003). Dabei wird dieser Diskurs gerade von den führenden Leitmedien dieses Landes befeuert. Der von Antisemit*innen jeder Couleur gebetsmühlenartig wiederholte und auf Kritikabwehr zielende Einwurf, dass jede „Kritik“ an Israel in Deutschland tabuisiert oder gar „verboten“ sei, entpuppt sich beim Blick auf die Medienlandschaft als schlichtweg falsch (Schwarz-Friesel & Reinharz 2013, S. 197).

Bislang ist auch zivilgesellschaftliches Engagement gegen antiisraelischen Antisemitismus in Deutschland eher selten repräsentiert. Die Einseitigkeit der medialen Berichterstattung erschwert es, antiisraelischen Antisemitismus zu erkennen und entgegenzutreten. Dabei gibt es eine einfache Grundregel zur Unterscheidung zwischen der Kritik an israelischer Politik und antiisraelischem Antisemitismus. Mithilfe des sogenannten „3 D-Tests“ lässt sich vermeintliche Kritik an Israel anhand der Kriterien Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelte Standards als antisemitisch entlarven (vgl. Salzborn 2013, S. 10, Amadeu Antonio Stiftung 2018). Wird Israel das Existenzrecht und das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen (Delegitimierung) oder im Vergleich zu anderen Ländern prinzipiell anders beurteilt (Doppelte Standards), dann ist Israel-Kritik antisemitisch. Ebenso ist es antisemitisch, wenn mittels tradierter antisemitischer Symbole oder Bilder auf Israel oder Israelis referiert wird, die israelische Politik mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird oder Juden generell für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden (Dämonisierung) (Schwarz-Friesel & Reinharz 2013, S. 204).

Ein Engagement für Demokratie und Menschenrechte auf Höhe der Zeit muss den Kampf gegen jede Form des Antisemitismus miteinschließen – auch gegen den israelbezogenen. Die derzeit am IDZ im Aufbau befindliche Antisemitismus-Dokumentationsstelle für Thüringen als Teil eines bundesweiten Meldenetzwerks für Antisemitismus wird neben dem klassischen und sekundären Antisemitismus, der in Deutschland zweifellos noch immer stark präsent ist, auch israelbezogenen Antisemitismus erfassen. Dem Zusammenhang zwischen Rechtsterrorismus und Antizionismus wiederum –auch am Beispiel der Person Udo Albrecht – wird sich ein Beitrag zum 6. Band unserer Publikationsreihe „Wissen schafft Demokratie“ widmen. Der Sammelband mit dem Schwerpunkt „Rechtsterrorismus“ erscheint im Winter 2019.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2018). „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen…?!“ 27.05.2019, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/paedagogischer-umgang-mit-israelbezogenem-antisemitismus.pdf

Bergmann, Werner & Heitmeyer, Wilhelm (2005). Communicating Anti-Semitism – Are the „Boundaries of the Speakable“ shifting? In: Moshe Zuckermann (Hrsg.). Antisemitismus, Antzionismus, Israelkritik. Göttingen: Wallstein, S. 70-89.

Förster, Andreas (2018): Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte. Berlin: Christoph Links.

Grimm, Marc & Kahmann, Bodo (2018). Perspektiven und Kontroversen der Antisemitismusforschung im 21. Jahrhundert. Zur Einleitung. In: Dies. (Hrsg.). Der Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Berlin: De Gruyter, S. 1-21.

Herf, Jeffrey (2016). Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German far left, 1967-1989. New York: Cambridge University Press.

Jäger, Siegfried & Jäger, Margret (2003). Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Münster: Lit.

Heyder, Aribert, Iser, Julia & Schmidt, Peter (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.). Deutsche Zustände. Folge III. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 144-165.

Salzborn, Samuel (2018). Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim: Beltz.

Salzborn, Samuel (2013). Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift 28(1), S. 5-16.

Schönfelder, Jan (2019): Arafats Thüringer „General“ – Wo ist Udo Albrecht? 31.03.2019, https://www.mdr.de/thueringen/kultur/zeitgeschehen/udo-albrecht-einleitung-verhandlungen-palaestinenser100_dosArtContext-udo-albrecht-einleitung-100_zc-35222800.html

Schwarz-Friesel, Monika & Reinharz, Jehuda (2013). Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin: De Gruyter.

Zick, Andreas, Küpper, Beate & Berghan, Wilhelm (2019). Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Bonn: Dietz.

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Hochschul- und Forschungsinstitute des FGZ (Quelle: Angelina Göb, Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie/ Leibniz Universität Hannover)

Zusammen mit zehn anderen Teilinstituten ist das IDZ seit Ende 2018 am Aufbau des bundesweiten „Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ) beteiligt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird (s. IDZ-Insights 01/2019). Am 14. und 15. Februar 2019 fand in Frankfurt am Main eine Klausurtagung mit Vertreter*innen aller Standorte und des BMBF statt, auf der die grundlegenden Konzepte, die Forschungsperspektiven und die Governance-Struktur diskutiert wurden. Als Entscheidungsgremium des FGZ wurde ein Institutsrat berufen, dem jedes Teilinstitut mit einer Stimme angehört. In der ersten Sitzung dieses Institutsrates am 20. Mai 2019 in Bremen wurde über die Projektanträge der Teilinstitute beraten.

Das IDZ Jena beteiligt sich mit mehreren einzelnen Projektanträgen, die neben Rechtsradikalismus, Hassgewalt, Diskriminierungserfahrungen und der gesellschaftlichen Teilhabe marginalisierter Gruppen auch die Erinnerungskultur und den Antisemitismus thematisieren.

Großer Wert wird im FGZ auf den wechselseitigen Transfer zwischen gesellschaftlicher Praxis und Wissenschaft gelegt. Deshalb konzipiert das IDZ in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partner*innen und Kolleg*innen spezielle Veranstaltungsformate, neue Publikationen und interaktive Web-Inhalte. In der derzeitigen Planungsphase des FGZ konstituieren sich verschiedene Forschungslinien und Forschungsgruppen, in denen die beteiligten Wissenschaftler*innen der unterschiedlichen Teilinstitute ihre Kooperationen während der ersten Förderperiode (2020 – 2023) planen. Für den Herbst sind erste öffentliche Veranstaltungen des FGZ sowie interne Forschungs-Werkstätten vorgesehen.

NEUE STUDIE AUS DEM IDZ

UmF verewigen sich mit ihrem Handabdruck in ihrer Wohngruppe (Quelle: IDZ)

ANGEKOMMEN in Thüringen? Lebensperspektiven unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Das IDZ hat eine neue Analyse veröffentlicht, die den Schwerpunkt auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) in Thüringen legt. Thüringen nimmt erst seit Inkrafttreten des "Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher" im November 2015 regelmäßig unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf. Im Freistaat musste innerhalb kürzester Zeit die dafür notwendige Infrastruktur aufgebaut werden, um Kinderrechte zu wahren und den vorgeschriebenen gesetzlichen Schutz von umF zu gewährleisten. Die UN-Kinderrechtskonvention, die in diesem Jahr ihren 30. Geburtstag feiert, garantiert allen Kindern die gleichen Rechte, dazu gehören das Recht auf Bildung, das Recht gesund aufzuwachsen sowie der Schutz vor Diskriminierung.

Die Studie zeigt die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Ankommen der umF in Thüringen auf und analysiert die Auswirkungen der gesetzlichen Bestimmungen im Alltag der umF. Dabei werden die Bereiche Inobhutnahme und Unterbringung, Asylverfahren, Gesundheitsversorgung, Bildung, gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe sowie Übergang in die Volljährigkeit ausführlich erörtert. Dafür befragten die Autorinnen der Studie umF nach ihren Erfahrungen und Beobachtungen und führten Interviews mit Mitarbeiter*innen von Thüringer Jugendämtern, Mitarbeiter*innen des Bundesfachverbandes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) sowie Sozialarbeiter*innen.

Die Analyse kommt zu dem Schluss, dass engagierte Fachkräfte in Thüringen Enormes geleistet hätten, um geflüchteten Kindern und Jugendlichen ein Ankommen zu ermöglichen und zu erleichtern. Gleichzeitig wird konstatiert, dass umF in Thüringen häufig und in unterschiedlichen Lebensbereichen Diskriminierung erfahren. Ebenso werden Defizite u.a. in den Bereichen Asylantragstellung, Familienzusammenführung und Übergang in die Volljährigkeit ausgemacht. Aus diesen Problemlagen haben die Autorinnen zentrale Handlungsempfehlungen für die Arbeit mit umF in Thüringen abgeleitet, die sich an den Bedarfen und Wünschen von umF orientieren.

Die Publikation konnte dank der finanziellen Unterstützung durch die Heidehof Stiftung realisiert werden. Sie steht unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Angekommen_in_Thu%CC%88ringen.pdf kostenfrei zur Verfügung.

KOMMUNALWAHLEN UND LANDTAGSWAHL IN THÜRINGEN

Das IDZ arbeitet derzeit an einer Untersuchung zu den Europa- und Kommunalwahlen in Thüringen am 26. Mai 2019. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Herausforderungen, die sich der demokratischen Politik und der Zivilgesellschaft im Freistaat durch den Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus stellen. Vor dem Hintergrund der Spezifika regionaler und lokaler politischer Kultur in den kreisfreien Städten und im ländlichen Raum Thüringens werden wir im Juni erste Befunde zur Wähler*innenmobilisierung, zum Wahlverhalten und zur Mandatsverteilung diskutieren können.

Die Kommunalwahlen im Mai gelten u.a. auch als ein „Testballon“ für die anstehende Landtagswahl am 27. Oktober. Davor werden am 1. September die wegweisenden Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg stattfinden, von denen eine Signalwirkung für Thüringen und für die Bundespolitik ausgehen wird. Zweifellos werden mit dem Ausgang der Thüringer Landtagswahl wichtige Richtungsentscheidungen für Politik und Zivilgesellschaft im Freistaat verbunden sein – gerade hinsichtlich jener gesellschaftlicher Phänomene und Entwicklungen, die das IDZ dokumentiert, erforscht und begleitet.

Nicht nur die Veränderung der Parteienlandschaft und die Verschiebung des politischen Diskurses in den letzten Jahren haben gezeigt: Tendenzen der Demokratiegefährdung, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und diskriminierende Handlungen sind nicht auf sogenannte „Ränder“ beschränkt, sondern in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Doch auch die Schutzfaktoren, Erfolge und Wachstumspotenziale einer offenen, pluralistischen, integrativen und inklusiven Gesellschaft existieren in Thüringen. Umso wichtiger ist es, dass im Herbst so viele Wahlberechtigte wie möglich mit ihrer Stimme demokratische Bündnisse unterstützen und stärken. Das IDZ wird die Wahlergebnisse aus der Perspektive der Sozialwissenschaft einschätzen und öffentlich kommentieren.

NEUE MITARBEITER*INNEN DES IDZ

Anja Klaßen B.A. ist seit Januar 2019 Projektassistentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Bereits seit 2018 arbeitete sie in verschiedenen Forschungsprojekten des IDZ als Honorarkraft mit, u.a. zu Hassrede im Internet (#Hass im Netz). Anja Klaßen absolviert derzeit ihr Masterstudium der Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Bildung und Gesellschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Anja Thiele M.A. ist seit Januar 2019 wissenschaftliche Referentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Erinnerungskultur und Geschichtspolitik (insbesondere in Ostdeutschland), Antisemitismus, deutsch-jüdische Ideengeschichte, Literatur/Kunst und Gesellschaftstheorie sowie Wissenstransfer. In ihrem Promotionsprojekt an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erforscht Anja Thiele die Auseinandersetzungen mit der Shoah in der Literatur der DDR.

Dr. Axel Salheiser ist seit Januar 2019 wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus / Rechtsradikalismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Demokratie- und Sozialraumforschung. Des Weiteren ist Axel Salheiser wissenschaftlicher Mitarbeiter im KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie Lehrbeauftragter am dortigen Institut für Politikwissenschaft.

Aus der Arbeit des IDZ

Austausch: Zivilgesellschaftliches Kuratorium trifft Vertreter*innen der CDU Thüringen

Das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Thüringens Bodo Ramelow (s. IDZ-Insights 01/2019) nahm das zivilgesellschaftliche Kuratorium des IDZ zum Anlass, mit Vertreter*innen aller demokratischen Parteien Thüringens, die mit großer Wahrscheinlichkeit in den Landtag einziehen werden, in den fachlichen Dialog zu treten.

In IDZ-Insights berichten wir über diese Gespräche, um die Ergebnisse sichtbar zu machen.

So nahmen bereits am 20. März 2019 Vertreter der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag an der Sitzung des Kuratoriums des IDZ teil. Mit dem parlamentarischen Geschäftsführer der CDU Jörg Geibert, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Heym und Thadäus König, u.a. Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Thüringen wurde über den Schutz der Menschenrechte, den Umgang mit Minderheiten sowie das zivilgesellschaftliche Engagement in Thüringen diskutiert.

Die Abgeordneten der CDU erklärten: "Politische Parteien müssen dort eintreten, wo Menschenrechte verletzt werden. Eine Gesellschaft muss sich an ihrem Umgang mit Minderheiten messen lassen."

Ferner sehen sie ein zurückgehendes ehrenamtliches Engagement in Thüringen. Hier kann z.B. mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit nachgesteuert werden, für welches insgesamt mehr Mittel gebraucht werden.

70 Jahre Grundgesetz:

Gemeinschaftsprojekt „Demokratie hier!“ thematisiert Bedrohungen für die Demokratie in Thüringen

Die Bundesrepublik feierte im Mai den 70. Geburtstag des Grundgesetzes. Dessen zentrale Werte, wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit, werden heute wieder offen in Frage gestellt. Dies geschieht unter anderem durch menschenfeindliche Einstellungen, die neue Qualität der Unterstützung für rechtsradikale Parteien, Hass im Netz, die hohe Zahl neonazistischer Demonstrationen und Veranstaltungen, wie zum Beispiel Rechtsrockkonzerte und die in 2018 für Thüringen nochmals gestiegene Zahl rechter Gewalttaten aus rassistischen Motiven.

Mit der Veranstaltungsreihe „Demokratie hier!“ tragen das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena) sowie die Mobile Beratung in Thüringen Mobit e. V. und ezra - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen dazu bei, durch Aufklärung, Vernetzung und Stärkung lokaler Akteure der Zivilgesellschaft, diesen Gefahren für die Demokratie in Thüringen etwas entgegenzusetzen. Von Mai bis Oktober organisieren die vier Einrichtungen gemeinsam mit lokalen Partner*innen landesweit Vorträge, Podiumsdiskussionen und Workshops.

„70 Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes ist unübersehbar, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern immer wieder verteidigt und weiterentwickelt werden muss. Die Demokratie wird nicht nur von radikalisierten Randgruppen bedroht. Die Qualität der Gefahr ist eine historisch neue und bisher einmalige: Es droht ein politischer Rechtsruck, der unter dem Deckmantel einer demokratisch legitimierten Alternative zur Regierungsbeteiligung von Antisemiten, Rassisten und Rechtsradikalen führen könnte. Deswegen sind kritische

70 Jahre Grundgesetz: Gemeinschaftsprojekt

Auseinandersetzungen, öffentliche Gegenrede und klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte heute wichtiger als je zuvor“, erklären die Organisator*innen von IDZ, KomRex, ezra und Mobit.

Bei den Veranstaltungen, die thüringenweit, mit einem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum, stattfinden, wird über verschiedene gesellschaftspolitische Themen diskutiert. Das Themenspektrum reicht dabei von der Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen über die Erscheinungsformen und Folgen von Ausgrenzungsmechanismen und Gewalt bis zur Stärkung gesellschaftlichen Engagements.

Veranstaltungskalender:

24.05.2019 | Bad Blankenburg | 19:00 – ca. 21:00 Uhr
Filmschau und Podiumsdiskussion: "Das blinde Auge. Ein Todesfall in Thüringen" | mit dem Bündnis "Zivilcourage und Menschenrechte" im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

19.06.2019 | Suhl | 14:00 – 16:00 Uhr
Vortrag: "Welche neuen Gruppierungen von Rechts bedrohen unsere Demokratie?" | mit der Koordinierungsgruppe Sozialer Vereine in Suhl und dem Suhler Bündnis für Toleranz, Demokratie und gegen Rechtsextremismus

19.06.2019 | Schmalkalden | 17:00 - ca. 20:00 Uhr
Vortrag und Podiumsdiskussion: "Erscheinungsformen und Folgen von rechter Gewalt und Diskriminierung in Thüringen - Was tun dagegen?" | mit dem StuRa der Hochschule Schmalkalden

27.06.2019 | Nordhausen | 19:00 – ca. 21:00 Uhr
Vortrag und Podiumsdiskussion: "Welche neuen Gruppierungen von Rechts bedrohen unsere Demokratie?" | mit dem StuRa der Hochschule Nordhausen

03.07.2019 | Nordhausen | 16:00 – ca. 21:00 Uhr
Workshops zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit | mit der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Nordhausen

20.07.2019 | Jena | 16:00 – ca. 17:30 Uhr
Podiumsdiskussion u.a. mit Markus Wiebusch (Kettcar): "Der Tag wird kommen. Emanzipation - Kunst - Rückschläge" | mit JenaKultur

04.09.2019 | Eisenach | 18:00 – ca. 20:00 Uhr
Vortrag und Podiumsdiskussion: "Strategien und Ziele antidemokratischer Kräfte" | mit dem Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach

12.09.2019 | Sömmerda | Uhrzeit wird noch bekannt gegeben
Vortrag: "Rechtspopulismus in Thüringen und sein Einfluss auf die politische Kultur" | mit der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Sömmerda

16.09.2019 | Erfurt | 13:00 – ca. 21:00 Uhr
Fachtag Engagement und Zusammenhalt | u.a. mit der Stadt Erfurt und der Bertelsmannstiftung

Aus der Arbeit des IDZ

IDZ im Deutschen Nationaltheater Weimar

Während der „Woche der Demokratie“ vom 01. – 10. Februar 2019 wurde das Foyer des Deutschen Nationaltheaters Weimar zum „Treibhaus der Demokratie“ – zum zentralen Ort der Begegnung mit täglichem Programm aus Lesungen, Diskussionen und mehr.

„Mit uns statt über uns! Wir sprechen über Demokratie“ – zu diesem Thema hat das IDZ zu Auseinandersetzungen mit Gästen aus unterschiedlichen marginalisierten Gruppen in das Treibhaus der Demokratie eingeladen.

Wir sprachen mit

- Moritz Schönecker (Regisseur und ehem. Leitungsmitglied Theaterhaus Jena) und Hassan Siami (Sprach- und Kulturmittler, Übersetzer und Sozialarbeiter für Geflüchtete) über Kultur und Migration,
- Anja Reuss vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und Melanie Weiss (Schauspielerin) über Antiziganismus in Deutschland,
- Jenny Wilken (Trans*-Aktivistin, Thüringen) und Silvia Rentzsch vom Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V. über Vielfalt und warum wir mehr als zwei Geschlechter brauchen,
- Dr. Noa K. Ha von der Technischen Universität Dresden und Viviann Wilmot (Decolonize-Aktivistin Thüringen) über die Kolonialzeit und was sie mit unserer Demokratie zu tun hat.

Die Veranstaltungsreihe stieß auf breites Interesse beim Publikum. Viele Menschen kamen um Fragen zu stellen, zu diskutieren und zuzuhören. Bei jedem Stammtischgespräch wurde deutlich, wie wenig öffentlich sichtbar die Perspektiven der gesellschaftlich marginalisierten Gruppen sind. Stigmatisierungs- und Diskriminierungserfahrungen auf unterschiedlichen Ebenen wurden deutlich benannt. Gleichzeitig wurde eine Solidarisierung zwischen marginalisierten Gruppen als notwendig aufgezeigt.

Das DNT und das IDZ werden die Stammtischgespräche in der Theaterspielzeit 2019/2020 fortführen.

Neue Publikation

Deutschland rechts außen

Matthias Quent

Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können

€ 18,00 [D], € 18,50 [A]
ERSCHEINT AM 05.08.2019 IM PIPER VERLAG

Reaktionäre Parteien verzeichnen wachsenden Zulauf – und sie gewinnen sogar Wahlen. Der Hass wächst, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geraten unter Druck. Doch der Rechtsruck ist kein zufälliges Phänomen – im Gegenteil: Die Rechtsradikalen arbeiten seit Jahrzehnten daran, ihre Pläne umzusetzen, aber Gesellschaft und Politik blieben tatenlos. Wie es dazu kam und warum dennoch Hoffnung besteht, analysiert Matthias Quent. Er deckt faktenreich die Strategien und Ziele der Rechten auf, gibt Handlungsempfehlungen für den alltäglichen und politischen Umgang mit ihnen und zeigt, dass sich eine starke Demokratie nicht von rechten Populisten jagen lassen darf, sondern sie am besten rechts liegen lässt.

Impressum

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Talstraße 84, 07743 Jena

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/ die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

In Trägerschaft der

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

denk bunt – Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Gefördert von:

Freistaat Thüringen – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Call for Papers: Kontinuitäten

Band 7 der Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie

Kontinuitäten

Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus erleben spätestens seit dem Anstieg der Fluchtmigration im Jahr 2015 eine Konjunktur. Doch nationalistisches und rechtsradikales Denken sind kein Resultat der „Flüchtlingskrise“, sondern haben ihre Wurzeln in einer langen Tradition rechter Ideologie in Deutschland, die den Nationalsozialismus überdauert hat und bis heute fortwirkt.

Wie haben sich Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in der Nachkriegszeit verändert und wo sind ihre historischen Wurzeln zu finden? Wie wurden und werden bestimmte soziale Gruppen institutionell und gesamtgesellschaftlich marginalisiert und ausgeschlossen? Welche Versäumnisse sind den jeweiligen Erinnerungskulturen der alten BRD, der DDR und dem wiedervereinigten Deutschland anzulasten? Wie wurde und wird die Erinnerung an den Nationalsozialismus abgewehrt?

Diese und weitere Fragestellungen wird der siebte Band der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ unter dem Überbegriff „Kontinuitäten“ behandeln. Der Sammelband erscheint im zweiten Quartal 2020 und wird herausgegeben vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

Interessierte Autor*innen diverser Disziplinen sind eingeladen wissenschaftliche Artikel sowie Praxis- und Recherchebeiträge beispielsweise zu folgenden Themen einzureichen:

- Kontinuitäten und Wandel rechtsradikaler Motive, Ideologien, Räume, Strukturen von 1900 bis heute
- Stationen rechter Gewalt/Rechtsterrorismus in Deutschland 1945 bis heute
- Wahlkreisanalysen im historischen Vergleich
- Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung gesellschaftlich marginalisierter Gruppen nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands (institutionell, auf Bevölkerungsebene)
- Fortbestand des Antiziganismus
- Traditionen des Antifeminismus
- Kontinuität und Wandel des Antisemitismus nach 1945
- Marginalisierung von Jüd*innen, Antisemitismus und Antizionismus in der DDR
- Schlussstrichdebatten, Relativierung und Revisionismus des NS
- Abwehr der Erinnerung an den Nationalsozialismus aus sozialpsychologischer und psychoanalytischer Sicht
- Fortdauernde Marginalisierung und Stigmatisierung gesellschaftlicher Gruppen (Sint*eza und Rom*nija, Menschen mit Behinderung, sog. Kriminelle und „Asoziale“) in der Erinnerungskultur/ Aufarbeitung des Nationalsozialismus 1945 bis heute
- Kontinuitäten sozialer Kämpfe und emanzipatorische Fortschritte im Sinne der Menschenrechte
- Rezensionen aktueller einschlägiger Publikationen

Die Schriftenreihe richtet sich an Forschende und Praktiker*innen, daher wird ein auch für Nichtakademiker*innen verständlicher Schreibstil erwartet. Interessierte senden bitte bis spätestens zum 15. Juli 2019 ein Abstract im Umfang von max. 300 Wörtern an anja.thiele@idz-jena.de. Die Abstracts werden redaktionell gesichtet. Autor*innen ausgewählter Abstracts werden schnellstmöglich eingeladen ein Manuskript (max. 20.000 Zeichen ohne Literaturverzeichnis) bis zum 30. November 2019 einzureichen. Diese werden anschließend begutachtet. Die ausgewählten Beiträge erscheinen voraussichtlich im zweiten Quartal 2020. Wir freuen uns auf Ihre Einreichungen!

Falls Sie weitere Fragen zu diesem Call for Papers haben sollten, wenden Sie sich bitte ebenfalls an anja.thiele@idz-jena.de.

Neuerscheinung im Juni 2019

ALLE BEITRÄGE FREI ZUGÄNGLICH UNTER:
www.idz-jena.de

Falls Sie Interesse an der kostenfreien Zusendung des Bandes haben, kann er unter bestellung@idz-jena.de angefordert werden. Zusätzlich werden alle Texte auch kostenfrei auf der Webseite des IDZ zum Download bereitgestellt: https://www.idz-jena.de/im-dialog/schriftenreihe-wissen-schafft-demokratie/